

Johannes Schraps.

Bundestagsabgeordneter für das Weserbergland.

Newsletter 15/2023

22. Dezember 2023

Liebe Genossinnen und Genossen, Liebe Freunde,

unser Bundesparteitag hat unseren Zusammenhalt gezeigt und Zuversicht vermittelt. Von den globalen Herausforderungen in der Außen- und Sicherheitspolitik über den klimaneutralen Umbau unserer Industrie bis hin zu besserer Bildung – auf dem Parteitag haben die Delegierten zukunftsweisende Beschlüsse gefasst. Mit einer Reform der Einkommensteuer wollen wir 95 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entlasten. Um dies zu finanzieren, sollen sich Superreiche stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen, etwa durch eine einmalige Krisenabgabe. Bei der Erbschaft- und Schenkungsteuer wollen wir die persönlichen Freibeträge erhöhen und gleichzeitig so reformieren, dass Multimillionärinnen und -millionäre und Milliardärinnen und Milliardäre



mehr beitragen. Auch unser Bekenntnis zum Einwanderungsland verbunden mit der Notwendigkeit, Zuwanderung besser zu steuern und zu ordnen, ist richtig und wichtig.

Vor einem Monat hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zum Nachtragshaushalt 2021 festgelegt, dass Kredite, die zur Bewältigung von Krisen dienen, jedes Jahr neu beschlossen werden müssen. Mittel, die für dieses und kommendes Jahr im Klima- und Transformationsfonds (KTF) und im Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) eingeplant waren, stehen nun nicht mehr zur Verfügung. Deshalb haben wir für das laufende Jahr in dieser Woche einen Nachtragshaushalt beschlossen und setzen – wie es das Grundgesetz in einer außergewöhnlichen Notsituation ermöglicht – die Schuldenbremse erneut aus. Dadurch sichern wir für 2023 wichtige finanzielle Hilfen für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen in Deutschland ab.

Auch den Haushalt 2024 müssen wir aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts überarbeiten. Wir wollen uns in der Koalition noch in diesem Jahr über die Grundzüge verständigen. Wir wollen auch im kommenden Jahr genug finanzielle Mittel bereitstellen und Investitionen ermöglichen, um unsere Wirtschaft und Industrie zu modernisieren, das Klima zu schützen, Arbeitsplätze von morgen zu sichern und alle Bürgerinnen und Bürger bei der Transformation mitzunehmen. Zwei Jahre Ampel liegen nun hinter uns. Auch wenn es in der Koalition immer mal wieder ruckelt – am Ende haben wir geliefert. Und das obwohl diese Koalition unter schwierigen Bedingungen gestartet ist. Nach Russlands Überfall auf die Ukraine haben wir viel Geld in die Hand genommen, um die Folgen des Krieges für Gesellschaft und Unternehmen abzufedern. Seit Oktober bewegen uns auch die Ereignisse im Nahen Osten. Wir stehen in voller Solidarität zu Israel und seinem Recht auf Selbstverteidigung und verabscheuen die feigen, terroristischen Schandtaten der Hamas. Gleichzeitig sehen wir auch die humanitäre Notlage im Gaza-Streifen. Wir befinden uns in einer Zeit multipler Krisen, wir wissen um die Herausforderungen, die vor uns liegen. Wir stellen uns ihnen mit aller Kraft für die Menschen in unserem Land.

Für 2024 haben wir uns viel vorgenommen. Doch bevor das alte Jahr endet, wünsche ich allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und besinnliche Stunden im Kreise von Familie und Freunden sowie einen guten Rutsch in ein hoffentlich gesundes, erfolgreiches neues Jahr.

Herzliche Grüße

Johannes Schraps

Ihr findet mich auch bei:









Inhaltsverzeichnis

Seite 2 — Kein Logistikzentrum in Würgassen

— 10 Jahre Seniorenrat Holzminden

Seite 3 — SPD-Bundesparteitag

Berliner Forum der Außenpolitik 2023

Seite 4 — Besuch der Weihnachtsrevue des Emmerthaler Blasorchesters

Tag des Ehrenamtes

Seite 5 — Herrenabend Ruderverein Hameln

Rede im Deutschen Bundestag

Seite 6 — Rückkehr der Soldatinnen und Soldaten aus Mali

Seite 7 — Gespräch mit dem georgischen Botschafter

Rede im Deutschen Bundestag

Seite 8 & 9 — Gesetzliche Neuregelungen ab 2024

Seite 10 — Themenüberblick Bundestag

Seite 11 — Besucher*innengruppen aus dem Weserbergland

KEIN LOGISTIKZENTRUM IN WÜRGASSEN

Wir freuen uns, dass das Bundesumweltministerium in dieser Woche mitgeteilt hat, dass es kein Zwischenlager für schwach bis mittel radioaktiven Atommüll in Würgassen geben wird. Bundesumweltministerin Steffi Lemke hat persönlich mit Bürgermeister Hubertus Grimm aus Beverungen telefoniert und ihm mitgeteilt, dass das Vorhaben nicht umgesetzt wird. Über diese Entscheidung sind wir hocherfreut. Die sachlichen Argumente haben offensichtlich den Ausschlag gegeben und wir sind froh, dass die Bedenken, die nun

über viele Jahre von uns allen vor Ort immer wieder vorgetragen wurden, dass die Bedenken der

Entscheidung getroffen.
Kein Logistikzentrum in Würgassen.

JOHANNES-SCHRAPS.DE

ESTHERDILCHER.DE

Bürgerinnen und Bürger vor Ort ernst genommen wurden. Deshalb gilt unser Dank den Bürgerinitiati-

ven, die mit ihrem Engagement ganz maßgeblich zur kontinuierlichen Sichtbarkeit beigetragen haben, dass sich die gesamte Region im Dreiländereck gegen das Vorhaben positioniert hat. Die Bürgerinitiativen haben sich für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger eingesetzt, ihre vielfältigen Bedenken aufgezeigt und immer wieder fachlich untermauert. Wir danken deshalb herzlich für das Engagement und die Unterstützung. Dies ist

zweifellos ein großer Erfolg für die gesamte Region.

10 JAHRE SENIORENRAT HOLZMINDEN



Sein 10-jähriges Jubiläum feierte der Seniorenrat Holzminden im Altendorfer Hof in Holzminden. Und die Vorsitzende Elke Leuckel konnte für diesen eigentlich noch vergleichsweise kurzen Zeitraum viele, viele Erfolge des Seniorenrates aufzählen. Ob es das Defibrilatoren-Projekt war, das Verteilen von Vorsorgemappen Notfallkarten und oder auch das Aufstellen seniorengerechter Bänke am Weserufer.

Der Seniorenrat

trägt viel zum gesellschaftlichen Miteinander in Holzminden bei. Das habe ich in meiner Rede ebenso gewürdigt, wie Bürgermeister Christian Belke. Den Abschluss eines kurzweiligen und sehr informativen Vormittags machte ein Festvortrag von Jens-Peter Kruse, dem Vorsitzenden der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen. Herzlichen Glückwunsch und auf weiterhin gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.



SPD-BUNDESPARTEITAG IN BERLIN

Aus den SPD-Unterbezirken aus Hameln-Pyrmont, aus Holzminden und aus Northeim waren wir mit starken Delegationen vollständig vertreten. Am Freitag hatte mich unser Juso-Vorsitzender aus Hameln-Pyrmont, Bo Hoffmann, als Delegierter vertreten, weil ich vorher wegen einer Corona-Infektion noch etwas kürzertreten musste.

Am Samstag und Sonntag DER ZAHLER*INNEN BEFREIT BUNDESWEHR: GESTÄRKT BETRIEBE: UNTERSTÜTZT BEZAHLBARES WOHNEN: war ich dann wieder mit MITER KEKORDSUMMEN GEFÖRDERT BAI DEUTSCHLANDTICKET: EINGEFÜHRT VOller Kraft im Einsatz Wir AB 16: ERMÖGLICHT KINDERGEL voller Kraft im Einsatz. Wir haben die fulminante Rede Bundeskanzlers unseres Olaf Scholz gehört und ebenso starke Reden unserer SPD-Vorsitzenden Lars Klingbeil und Saskia Esken. Spitzenkandidatin Unsere für die Europawahl im kommenden Jahr, Katarina Barley, machte ebenso deutlich wie wichtig die Eu-

ropäische Union als Grundlage für Frieden und Wohlstand auf unserem Kontinent ist, wie der neue und alte spanische Ministerpräsident Pedro Sánchez als Ehrengast unseres diesjährigen Parteitags. Wir haben zahlreiche starke Beschlüsse gefasst und hatten tolle Debatten mit weiteren starke Reden, u.a. von unserem niedersäch-

sischen Ministerpräsidenten phan Weil oder vom Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Rolf Mützenich.

Neben Hubertus Heil, Boris Pistorius und Matthias Miersch haben wir als Niedersachsen mit Angela Hohmann aus Celle auch eine profilierte Kommunalpolitikerin in den SPD-Bundesvorstand gewählt. Das freut

mich sehr und ich sage herzlichen Glückwunsch an alle gewählten Vorstandsmitglieder.

> Danke an alle Delegierten für die tolle Stimmung, die vielen leidenschaftlichen Debatten und für die vielen wegweisenden Beschlüsse. Wir stehen als SPD geschlossen zusammen und wir blicken zuversichtlich in die Zukunft, auch wenn es gerade fordernde Zeiten



BERLINER FORUM DER AUßENPOLITIK 2023



Ich hatte die Ehre, als Gast und Panelteilnehmer an der Veranstaltung "Berliner Forum Außenpolitik 2023" der Körber-Stiftung teilzunehmen. Mit der Präsidentin der Republik Moldau Frau Maia Sandu habe ich über die Herausforderungen gesprochen, vor denen ihr Land steht, und über den Plan, Moldau in die Europäische Union zu integrieren.

Die EU-Erweiterungspolitik ist für Deutschland von großer Bedeutung, besonders angesichts der Bedrohungen durch den russischen Angriff gegen die Ukraine.

Als Berichterstatter für Moldau im Europaausschuss des Deutschen Bundestages und Vorsitzender des Deutsch-Moldauischen Forums bin ich stolz darauf, den reformorientierten Kurs der Republik Moldau in Richtung EU zu unterstützen.

Die bevorstehende Abstimmung im Bundestag, die die Aufnahme von EU-Beitrittsverhandlungen mit Moldau unterstützen wird, ist ein wichtiger Meilenstein.

Denn es ist wichtig, dass wir uns weiter gemeinsam für eine demokratische Zukunft Europas einset-



BESUCH DER WEIHNACHTSREVUE DES EMMERTHALER BLASORCHESTERS



Es war eine grandiose Weihnachtsrevue, die das Emmerthaler Blasorchester in der Kleinen Kultur(n) halle in Emmerthal, auf die Bühne brachte. Ich erinnere mich noch sehr eindrücklich an das letzte Konzert des Emmerthaler Blasorches🎩 ters, das ich im Dezember 2019 in der Grohnder Philipp-Spitta-Kirche besuchen konnte. Damals gab es

Standing Ovations für die grandiosen musikalischen Darbietungen. Mit dem diesjährigen Konzert konnten die Emmerthaler Bläser endlich wieder an die Traditionen aus Vorcoronazeiten anknüpfen und mit ihrer Musik wieder zahlrei-

che Bürgerinnen und Bürger erreichen. Persönlich habe ich mich sehr gefreut Elias Thielke im Orchester spielen zu hören. Zu Beginn dieses Jahres hatte er meine Arbeit in Bundestag und Wahlkreis als Praktikant begleitet. Ein wenig Wehmut mischte sich jedoch auch in die vorweihnachtlichen Klänge, weil der langjährige Dirigent Arndt Jubal Mehring seinen Abschied als Leiter des Emmerthaler Blasorchesters ankündigte. Deshalb gab das Orchester zum Abschluss des ersten Teils mit dem modernen "Gesund & Glücklich"-Marsch ein von Mehring selbst komponiertes Stück zum Besten. Glücklicherweise kann die Leitungsposition aus dem Orchester heraus neu besetzt werden. Ich bin gespannt auf das Programm im nächsten Jahr.

TAG DES EHRENAMTES

Zum Tag Ehrenamtes habe ich mich bei allen Ehrenamtlichen bedankt, die sich in unserer Region auf vielfältige Weise engagieren.

Egal, ob im Sportverein, in den Kirchen, im Naturschutzbund, in einer Partei oder bei den Tafeln – eure Leidenschaft und Einsatzbereitschaft prägen unser Gemeinschaftsleben.

Die Bedeutung des Ehrenamtes ist unerlässlich für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Tag für Tag erlebe ich, wie Ihr euch mit Herzblut für das Wohl der Gemeinschaft einsetzt. Nicht nur heute, sondern an jedem Tag, gebührt euch unsere Anerkennung und Dankbarkeit.

Ein besonderer Dank gilt den rund 1,7 Millionen Menschen in Deutschland, die sich in den Freiwilligen Feuerwehren, dem Technischen Hilfswerk und den anerkannten Hilfsorganisationen, wie dem Arbeiter-Samariter-Bund, der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft, dem Deutschen Roten Kreuz, der Johanniter-Unfall-Hilfe und dem Malteser-Hilfsdienst, für uns alle einsetzen. Ihre ehrenamtliche Tätigkeit trägt maßgeblich dazu bei, komplexe Krisenlagen zu bewältigen und zeigt, dass wir aufeinander angewiesen sind.



HERRENABEND RUDERVEREIN HAMELN



Ich habe mich sehr über die Einladung zum traditionellen Herrenabend beim Hamelner Ruderverein "Weser" von 1885 e.V. im Bootshaus direkt an der Weser gefreut. Traditionen sind ein wichtiger Be-

standteil unserer Gesellschaft und bieten eine hervorragende Gelegenheit, um alte Freunde wiederzutreffen aber auch um neue Bekanntschaften zu schließen. Der Hamelner Ruderverein "Weser" von 1885 e.V. ist ein solcher Ort, an dem Menschen zusammenkommen, um ihre gemeinsame Leidenschaft für Ihr Hobby, dass Rudern zu teilen. Schön, dass dieses traditionelle Beisammensein wieder in diesem Rahmen stattfinden konnte. Der Vorsitzende Jürgen Lohmann führte launig durch den Abend und auch mit der Farbe der rot-weiß gestreiften Anzüge des Ruder-

vereins konnte man sich schnell anfreunden. Ich danke ganz herzlich für die Einladung und die vielen guten Gespräche die wir gemeinsam an diesem Abend führen konnten.

KREDITZWEITMARKTFÖRDERUNGSGESETZ —REDE IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



Wir haben im Deutschen Bundestag das Kreditzweitmarktförderungsgesetz beschlossen. Dieses Gesetz ist ein weiterer wichtiger Schritt in die richtige Richtung, um den Abbau notleidender Kreditpositionen in Bankbilanzen zu fördern. Wir schaffen damit nun auch diesen einheitlichen europäischen Rahmen für den Ankauf notleiden-

der Kredite und gewährleisten gleichzeitig das hohe Schutzniveau für die Schuldnerinnen und Schuldner, das in Deutschland ja für Inkassodienstleister ohnehin bereits weitgehend Standard gewesen ist. In den Beratungen haben wir einige Anpassungen vorgenommen, insbesondere im Hinblick auf Kreditsicherheiten und die Aufsicht für Kreditdienstleister. Die Einbeziehung der BaFin als Aufsichtsorgan wurde nach Diskussionen mit verschiedenen Akteuren als sinnvoll erachtet. Wir haben außerdem darauf geachtet, keine übermäßige Bürokratie einzuführen und eine einheitliche Aufsichtspraxis sicherzustellen. Hier findet ihr die Rede:

https://dbtg.tv/cvid/7605184

RÜCKKEHR DER SOLDATINNEN UND SOLDATEN IM RAHMEN DER UN-FRIEDENSMISSION MINUSMA AUS MALI



Die letzten 142 Soldatinnen und Soldaten sind letzte Woche auf dem Fliegerhorst in Wunstorf gelandet. Der Einsatz der Bundeswehr in Mali im Rahmen der UN-Friedensmission MINUSMA ist damit Geschichte.

Wir sagen Danke an die mehr als 20.000 Soldatinnen und Soldaten, die seit 2013 in Mali gedient und sich für Frieden und Stabilität eingesetzt haben. Ein Jahrzehnt lang haben unsere Einsatzkontingente dort vielfältige Aufträge für die Vereinten Nationen Rahmen der EUund im Ausbildungsmission EUTM Mali erbracht. Auch aus dem Panzerpionierbataillion 1 aus Holzminden waren immer wieder Soldatinnen und Soldaten aus der Panzerbrigade 21 in Mali. Unter schwierigsten Rahmenbedingungen, unter Einsatz ihrer körperlichen Unversehrtheit im Wüstensand. Drei Soldaten haben dort in der Einsatzzeit ihr Leben gelassen, 12 Soldaten wurden bei einem Anschlag im Juni 2021 schwer verletzt, viele tragen unsichtbare Narben auf der Seele. Gerne wäre ich mit Kolleginnen und Kollegen vor Ort in Wunstorf gewesen, um Dank und Ver-

bundenheit direkt auszudrücken. Doch aufgrund der Verpflichtungen der letzten Sitzungswoche in Berlin mussten wir uns etwas anderes überlegen. Mit Hilfe des DBwV haben wir den ankommenden Soldatinnen und Soldaten unsere guten Wünsche auf gelben Bändern zukommen lassen. Diese Botschaft der tiefen Verbundenheit haben wir unserem Verteidigungsminister Boris Pistorius mit auf den Weg nach Wunstorf gegeben, um sie dort zu übergeben.

Ich habe größten Respekt vor der Leistung, die unsere Parlamentsarmee in Mali fernab der Heimat vollbracht hat. Wir wissen, dass wir uns auf unsere Truppe verlassen können und wir sind stolz auf Sie!

Herzlich willkommen zu Hause! Schön, dass Sie vor Weihnachten aus Mali zurück sind!



GESPRÄCH MIT DEM GEORGISCHEN BOTSCHAFTER IZORIA

In der vergangenen Woche ist auch der Europäische Rat mit den Staats- und Regierungschefs der Empfehlung der EU-Kommission gefolgt und hat

nicht nur den Beginn von Beitrittsgesprächen mit der Ukraine und der Republik Moldau begonnen, sondern auch Georgien den Kandidatenstatus erteilt. Für das Land ist das ein großer Erfolg. Es ist aber eben gleichzeitig auch Verpflichtung, den eingeschlagenen Weg in Richtung Europäische Union umso konse-

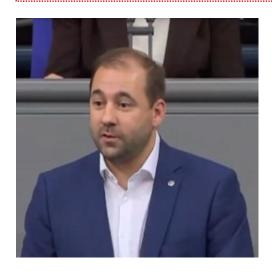
quenter fortzusetzen. Lange Zeit gab es eine sehr positive, demokratische Entwicklung. Dieser Weg war in der jüngsten Zeit jedoch auch von einigen Rück-



schlägen geprägt. Jetzt gilt es, sich wieder auf die richtigen Reform-Schritte zu besinnen und das demokratische System sorgsam weiterzuentwickeln.

Darüber und über zahlreiche andere Fragen habe ich mit dem georgischen Botschafter in Berlin, Prof. Dr. Levan Izoria, und dem Gesandten der Botschaft, Achiko Sudadze, gesprochen. Es war gut, sich vor Weihnachten hier nochmal kurz auszutauschen und über die Planungen und Aktivitäten im kommenden Jahr zu sprechen. Vielen Dank für dieses Treffen.

REDE IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



In der aktuellen politischen Landschaft ist es entscheidend, klare Positionen zu beziehen. Insbesondere im Kontext der europäischen Entwicklungen habe ich die Bedeutung unserer Unterstützung für die Ukraine und die Republik Moldau betont. Der Kompromiss zum Bun-

deshaushalt ist nicht nur innenpolitisch relevant, sondern sendet auch ein starkes Signal auf internationaler Ebene.

In meiner Rede habe ich darauf hingewiesen, dass die europäische Solidarität entscheidend ist, insbesondere angesichts des brutalen russischen Angriffs auf die Ukraine. Die Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit der Ukraine und der Republik Moldau ist ein historischer Schritt, den ich voll und ganz unterstütze. Unser Engagement für diese Länder geht über militärische und finanzielle Hilfe hinaus – wir setzen uns aktiv für ihren Weg in die EU ein.

Die EU-Erweiterung ist eine notwendige Investition in unsere Sicherheit und den Wohlstand auf dem europäischen Kontinent. Mein Appell an die EU, aufnahmefähig zu bleiben, und die Unterstützung für Kandidatenländer sind in dieser herausfordernden Zeit von besonderer Bedeutung.

Besonders betont habe ich die Wichtigkeit der Rechtsstaatlichkeit und die Bedrohung durch Blockademöglichkeiten einzelner Mitgliedstaaten. Die Konditionalitätsmechanismen dürfen nicht vernachlässigt werden, um die Grundwerte unseres demokratischen Gemeinwesens zu schützen.

Hier gibt es die gesamte Rede: https://dbtg.tv/cvid/7604818

GESETZLICHE NEUREGELUNGEN AB JANUAR 2024

Höheres Bürgergeld:

Mit dem Bürgergeld sorgen wir für mehr Respekt, Sicherheit, weniger Bürokratie und eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt. Berufliche Qualifikation wird etwa durch einen Weiterbildungsbonus in Höhe von 150 Euro gefördert. Bei der Erhöhung der Regelsätze wird die Preisentwicklung nun aktueller berücksichtigt. Die Regelsätze steigen ab Januar 2024:

- Alleinstehende / Alleinerziehende 563 Euro (+ 61 Euro) Regelbedarfsstufe 1
- Paare je Partner:in / Bedarfsgemeinschaft 506 Euro (+ 55 Euro) Regelbedarfsstufe 2
- Volljährige im Haushalt der Eltern / in Einrichtungen 451 Euro (+ 49 Euro) Regelbedarfsstufe 3
- Jugendliche von 14 bis 17 Jahren 471 Euro (+ 51 Euro) Regelbedarfsstufe 4
- Kinder von 6 bis 13 Jahren 390 Euro (+ 42 Euro) Regelbedarfsstufe 5
- Kinder von 0 bis 5 Jahren 357 Euro (+ 39 Euro) Regelbedarfsstufe 6

Hinweis: Kinder und Jugendliche der Regelbedarfsstufen 3 bis 6 erhalten zusätzlich auch einen Kindersofortzuschlag in Höhe von 20 Euro monatlich bis zur Einführung einer Kindergrundsicherung.

Mindestlohn steigt: Zum 1. Januar 2024 wird der gesetzliche Mindestlohn auf 12,41 Euro pro Stunde angehoben. Die Erhöhung hat auch Auswirkungen auf Minijobs: Wer geringfügig beschäftigt ist, kann ab 2024 bis zu 538 Euro monatlich verdienen – statt wie bisher 520 Euro.

Höhere Ausbildungsvergütung: Ab Januar 2024 müssen Auszubildende im ersten Lehrjahr mindestens 649 Euro Mindestausbildungsvergütung erhalten. Seit 2020 ist das Einstiegsgehalt für Auszubildende damit um 134 Euro gestiegen. Die Vergütung wird in den folgenden Lehrjahren ebenfalls angehoben.

Höhere Ausgleichsabgabe: Arbeitgeber mit mehr als 20 Arbeitsplätzen, die trotz Beschäftigungspflicht keinen einzigen schwerbehinderten Menschen beschäftigen, müssen ab 2024 die vierte Staffel der Ausgleichsabgabe zahlen. Je unbesetztem Arbeitsplatz sind dies 720 Euro im Monat.

Höherer Grund- und Kinderfreibetrag: Der steuerliche Grundfreibetrag steigt zum Jahresbeginn auf 11.604 Euro, der Kinderfreibetrag (einschließlich des Freibetrages für den Betreuung-, Erziehungs- und Ausbildungsbedarf) auf 9.312 Euro. Diese Teile des Einkommens sind steuerfrei.

Anspruch auf Kinderkrankentage: Gesetzlich versicherte Eltern können 2024 je Kind für 15 Arbeitstage Kinderkrankengeld beantragen (Alleinerziehende für 30 Tage). Eine telefonische Krankschreibung ist möglich, wenn den Ärzt:innen das Kind bekannt ist und sie die telefonische Ausstellung als vertretbar ansehen.

Mehr Geld für Schulbedarf: Wer Bürgergeld bezieht, Kinderzuschlag oder Wohngeld erhält, kann Unterstützung für den Schulbedarf der Kinder beantragen. Diese Bildungs- und Teilhabeleistungen aus dem sogenannten Bildungspaket werden 2024 um gut zwölf Prozent erhöht.

Stabiler Rentenbeitragssatz: 2024 bleibt der Beitragssatz zur Rentenversicherung stabil bei 18,6 Prozent.

Mehr Hinzuverdienst bei Erwerbsminderung: Wer eine Rente wegen teilweiser Erwerbsminderung bezieht, darf ab Januar 2024 jährlich 37.117,50 Euro hinzuverdienen. Bei Renten wegen voller Erwerbsminderung, etwa wegen einer Krankheit oder Behinderung, sind es 18.558,75 Euro.

GESETZLICHE NEUREGELUNGEN AB JANUAR 2024

Einführung des E-Rezepts:

Ab 2024 müssen Arztpraxen anstelle des rosafarbenen Rezepts für Medikamente ein digitales Rezept, auch E-Rezept genannt, ausstellen. Dieses kann dann über eine App oder über die elektronische Gesundheitskarte in Apotheken eingelöst werden.

Mehr Pflegeleistungen: Pflegebedürftige können Pflegegeld erhalten, das sie in der Regel an die sie versorgenden und betreuenden Personen weitergeben. Es steigt zum 1. Januar 2024 um fünf Prozent. Auch die ambulanten Sachleistungen, etwa für eine häusliche Pflegehilfe, werden um fünf Prozent angehoben. Für Eltern von pflegebedürftigen Kindern mit Pflegegraden vier und fünf steht künftig ein Jahresbetrag zur Verfügung, den sie flexibel für Verhinderungs- und Kurzzeitpflege nutzen können.

Höhere Zuschüsse bei Pflegekosten: Künftig zahlt die Pflegeversicherung höhere Zuschüsse zum Eigenanteil an den Pflegekosten bei einer Heimunterbringung. Im ersten Jahr steigt der Zuschuss von fünf auf 15 Prozent, im zweiten Jahr von 25 auf 30 Prozent, im dritten Jahr von 45 auf 50 Prozent und ab dem vierten Jahr von 70 auf 75 Prozent. Dadurch werden Pflegebedürftige finanziell entlastet.

Wärmewende startet: Ab dem 1. Januar 2024 müssen neue Heizungen in Häusern in Neubaugebieten zu mindestens 65 Prozent mit erneuerbarer Energie betrieben werden. Bestandsgebäude sind erst betroffen, wenn eine kommunale Wärmeplanung vorliegt. In Großstädten muss dies bis Mitte 2026 und überall sonst bis Mitte 2028 der Fall sein. Der Staat bezuschusst klimafreundliche Heizungen mit bis zu 70 Prozent der Kosten aus der Bundesförderung für effiziente Gebäude (sogenannte BEG-Förderung). Die neue Förderung kann ab dem 1. Januar 2024 in Anspruch genommen werden.

CO2-Preis steigt: Fossile Brennstoffe, also zum Beispiel Gas, Heizöl oder Benzin, werden ab dem 1. Januar 2024 mit einem CO2-Preis von 45 Euro pro Tonne CO2 belegt.

Höherer Zusatzbeitrag: Der Zusatzbeitrag zur Krankenversicherung steigt 2024 leicht um 0,1 Prozentpunkte. Dieser liegt damit bei 1,7 Prozent. Die Höhe variiert von Krankenkasse zu Krankenkasse, denn jede kann ihn selbst festlegen.

19 Prozent Mehrwertsteuer auf Speisen: In der Corona-Pandemie wurde die Mehrwertsteuer für Speisen in der Gastronomie auf sieben Prozent abgesenkt. Diese Regelung läuft Ende 2023 aus. Damit gilt wieder der einheitliche Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent auf Speisen und Getränke.

Tierhaltungslogo für Schweinefleisch: Bisher waren Angaben zur Tierhaltung freiwillig. Künftig ist das staatliche Tierhaltungslogo für Schweinefleisch verpflichtend (Bio, Auslauf/Weide, Frischluftstall, Stall und Platz, Stall). Die Kennzeichnungspflicht soll nach und nach auf weitere Tierarten, auf angebotenes Fleisch in der Gastronomie und verarbeitete Fleischprodukte ausgeweitet werden.

Herstellerabgabe für Kunststoffe: Ab 1. Januar 2024 müssen Hersteller bestimmter Einwegkunststoffproduktewie Tabakfilter, Getränkebecher und To-Go-Lebensmittelbehälter eine Abgabe entrichten, mit der Kommuneneinen Teil der Reinigungs- und Entsorgungskosten im öffentlichen Raum ausgleichen können.

THEMENÜBERBLICK BUNDESTAG

Nachtragshaushalt 2023

In dieser Woche haben wir den Nachtragshaushalt für 2023 abschließend beraten und setzen zugleich die Schuldenbremse für 2023 erneut aus. Beides ist notwendig, um den diesjährigen Bundeshaushalt als Reaktion auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 15. November 2023 verfassungskonform zu machen. So sichern wir für das laufende Jahr nicht die Hilfen für zuletzt Verbraucher:innen und Unternehmen ab, die wir zur Bewältigung der Energiekrise nach dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ergriffen haben. Auch die Hilfen für die Flutgebiete im Ahrtal gehören dazu.

Das BVerfG hatte den zweiten Nachtragshaushalt für 2021 für verfassungswidrig und nichtig erklärt. Das betrifft unmittelbar den Klima- und Transformationsfonds (KTF), dem mit dem Nachtragshaushalt 2021 60 Milliarden Euro zugeführt wurden und zwar aus Kreditermächtigungen zur Bewältigung der Corona-Krise, die nicht in Anspruch genommen wurden. In mittelbarer Konsequenz des Urteils sind aber auch andere Fonds, wie der Wirtschaftsund Stabilisierungsfonds (WSF) und der Aufbauhilfefonds 2021 (für die Flutschäden), davon betroffen. Deshalb sind Änderungen an den Sondervermögen notwendig, um ihre Finanzierung für 2023 rechtssicher zu machen.

Der Nachtragshaushalt 2023 schafft die Grundlage für die zusätzlichen Kreditermächtigungen in Höhe von 44,8 Milliarden Euro. Das ist mehr als die Schuldenbremse zulässt. Um sie erneut auszusetzen, muss der Bundestag zuvor feststellen, dass weiterhin eine außergewöhnliche Notsituation besteht. Diese Notlage liegt aufgrund der humanitären, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Auswirkungen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine vor und beeinträchtigt die staatliche Finanzlage.

Der Nachtragshaushaltsentwurf sieht für 2023 nun Ausgaben von 461,21 Milliarden Euro vor. Nicht mehr enthalten sind zehn Milliarden Euro für die "Generationenrente", also das verzins-iche Darlehen für den Aufbau eines Kapitalstocks zur Stabilisierung der Beitragssatzentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung.

Auch für den Haushalt 2024 bringt das Urteil des BVerfG wesentlichen Anpassungsbedarf mit sich, weshalb dieser erst Anfang 2024 verabschiedet wird.

Datenaustausch verbessern

Mit dem Gesetz zur Anpassung von Datenübermittlungsvorschriften im Ausländer- und Sozialrecht (DÜV-AnpassG) soll der digitale Datenaustausch zwischen Ausländerbehörden und den für die Sicherung des Existenzminimums zuständigen Leistungsbehörden wie Sozialämtern und Jobcentern verbessert werden. Zudem werden die Behörden durch die Digitalisierungsmaßnahmen entlastet.

Alle relevanten Informationen aus den Bereichen Integration, Arbeitsmarktzugang und soziale Leistungen sollen künftig im oder über das Ausländerzentralregister (AZR) gespeichert und abgerufen werden können. Das AZR soll auch zum zentralen Speicherort und zum zentralen Ausländerdateisystem ausgebaut werden. Dazu werden rechtliche Hürden für die Zulassung zum automatisierten Abrufverfahren aus dem AZR abgebaut und im AZR die Art der existenzsichernden Leistungen erstmalig erfasst. Ausländer- und Leistungsbehörden sollen durch diese möglichst automatisierte Datenübermittlung entlastet werden. Weiter werden im Bereich der Dokumentenbundeseinheitliche prüfung Sicherheitsstandards für die Datenverarbeitung bei Identitätssicherung und -überprüfung von Ausländer:innen (nach §49 Aufenthaltsgesetz oder §16 Asylgesetz) etabliert.

Weg frei für mehr Photovoltaik

Im Mai 2023 hat die Bundesregierung eine in einem breiten Stakeholder-Prozess erarbeitete Photovoltaik-Strategie beschlossen und darin Potenziale von Photovoltaik (PV) in Deutschland identifiziert. Viele der in der Strategie aufgelisteten Maßnahmen zur Ausschöpfung dieser Potenziale sollen mit dem Solarpaket I umgesetzt werden.

Im Oktober hat die Bundesregierung den Gesetzentwurf zur Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes und weiterer energiewirtschaftsrechtlicher Vorschriften in den Bundestag eingebracht. Die Maßnahmen zielen darauf ab, den Ausbau von PV-Anlagen auf Dächern, an Gebäuden sowie auf Freiflächen zu erleichtern. Derzeit wird über das umfangreiche Paket im Ausschuss noch beraten. Da einige Maßnahmen des Pakets zeitkritisch sind, weil sie ansonsten teils sehr hohe Strafzahlungen (Pönalen) für Anlagenbetreiber nach sich ziehen würden, müssen diese noch in diesem Jahr beschlossen werden.

Der Teilbeschluss sieht vor, die Frist zur Einrichtung der bedarfsgerechten Nachtkennzeichnung für Windkraftanlagen um ein Jahr bis zum 31. Dezember 2024 zu verlängern. Ansonsten würden für diejenigen Anlagenbetreiber, die solche Geräte noch nicht installiert haben, Pönalen ab dem 1. Januar 2024 an die Verteilnetz- und Übertragungsnetzbetreiber anfallen. Des Weiteren ist vorgesehen, die Pönalen für Verstöße gegen die verpflichtende Direktvermarktung für Anlagen mit einer installierten Leistung ab 100 Kilowatt (kW) um sechs Monate auszusetzen, die sonst ebenfalls ab dem 1. Januar 2024 anfallen würden. Zudem werden die Realisierungs- und Pönalfristen für Windenergieanlagen um sechs Monate verlängert, weil diese oft aufgrund von unverschuldeten Lieferkettenverzögerungen nicht eingehalten werden können.

BESUCHER*INNENGRUPPEN AUS DEM WESERBERGLAND







Büro Hameln

Heiliggeiststraße 2 31785 Hameln 05151 107 33 99 **Büro Holzminden** Obere Str. 44 37603 Holzminden

37603 Holzminden 05531 5030 **Büro Berlin**

Platz der Republik 1 11011 Berlin 030 227 77295

johannes.schraps.wk@bundestag.de

johannes.schraps@bundestag.de

V.i.s.d.P:

Berliner Büro, Johannes Schraps, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Autorinnen und Autoren: Heike Beckord, Benjamin Beineke, Alexandra Bruns, Lea Feldhaus, Philipp Klein, Helena Truchla